

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3 (Waldenburger

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.



Wochenblatt

Fernsprecher 3

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 12.60, monatlich 4.20 M. frei Haus. Preis der einspaltigen Petitionen für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 60 Pf., von auswärts 75 Pf., Stellameteil 2.00 M.

Beamtenforderungen an Regierung und Reichstag.

Regierungs-Erläuterung gegen den Beamtenstreik.

Berlin, 8. Dezember. (W.B.) Gegenüber der in den letzten Tagen eingetretenen passiven Resistenz einiger Gruppen von Beamten nimmt die Reichsregierung Veranlassung zu betonen, daß sie in der Frage des Beamtenstreiks nach wie vor auf dem Boden der von der preußischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 26. Februar 1920 abgegebenen Erklärung steht. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die am 10. November 1918 gebildete preußische Regierung hat in ihrem Aufruf an das preußische Volk vom 13. November 1918 die Durchführung der

uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamte als eine ihrer Aufgaben bezeichnet. Auch die gegenwärtige preußische Staatsregierung erkennt das Koalitionsrecht der Beamten an; mit dem Begriff des Koalitionsrechtes ist aber das sogenannte Streitrecht nicht un trennbar verbunden. Der Streik ist nur eines der Mittel, die Erlangung besserer wirtschaftlicher Bedingungen durchzuführen, nicht das einzige zu diesem Zweck. Dafür, ob dieses Mittel angewendet werden darf, sind die aus dem Dienstverhältnis sich wechselseitig ergebenden Rechte und Pflichten entscheidend. Ist damit die gemeinsame Arbeitsniederlegung nicht vereinbar, so ist im Koalitionsrecht das sogenannte Streitrecht nicht verliehen. In ihrer Anwendung auf das Beamtenverhältnis führen diese Grundsätze dazu, daß

der Beamte nicht streiken darf.

Das Beamtenverhältnis ist ein Treuverhältnis. Da der Staat ohne die Beamten ein geordnetes Leben nicht führen und überhaupt seinen Willen nicht äußern kann, muß er mit den Beamten ein Verhältnis eingehen, das diese zur vollen Hingabe an den Staat verpflichtet. Dieses Treuverhältnis tritt auch dadurch in Erscheinung, daß der Beamte einen Dienstleid leistet.

Die Eigenart des Beamtenverhältnisses kommt in wesentlichen Bestimmungen des Beamtenrechts zum Ausdruck. Mit Rücksicht auf die ihm der Allgemeinheit gegenüber obliegende Pflicht ist dem Beamten das Recht versagt, sein Amt willkürlich zu verlassen. Demgemäß ist auch die Mehrzahl der Beamten auf Lebenszeit angestellt und kann nur im Wege des gelegentlich geregelten Disziplinarverfahrens entlassen werden. Ferner sind die Rechte des Beamten auf ein bestimmtes Gehalt, auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gesetzlich geregelt und durch die Reichsverfassung besonders gewährleistet. Bei diesem besonders gearteten Verhältnis von Rechten und Pflichten bricht mithin ein Beamter, der streikt, seinen Eid und verletzt die Amtspflicht, die er übernommen hat. Das Streiken stellt sich als unentschuldigtes Verbleiben vom Amt dar und

hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Dienstekommens verlustig geht. Auch hat er die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele

der Dienstentlassung

zu gewärtigen.

Dadurch werden keine berechtigte Interessen der Beamten verletzt, denn ihnen stehen andere Mittel zur Verfügung, um ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Da über die Verwaltung des Staates die Volksvertretungen, über die der Gemeindeverbände deren Vertretungen ein durchgreifendes Kontrollrecht ausüben, so hat der Beamte ein besonderes wirtschaftliches Mittel, um mit Hilfe dieser Vertretungen seine Klagen abstellen zu lassen.

Die Auffassung der preußischen Staatsregierung deckt sich mit der der Reichsregierung. Die Staatsregierung betrachtet es als ihre selbstverständliche Pflicht, treue Beamte vor dem Terror streikender zu schützen und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Die Reichsregierung kann

keinen Unterschied zwischen Streik und passiver Resistenz,

zwischen dem Fernbeben von der Arbeitsstätte und der Verlängerung der Arbeit auf der Arbeitsstätte anerkennen. In all diesen Fällen verletzt der Beamte die ihm obliegende Dienstpflicht; insgesessen hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung und den Verlust seines Dienstekommens zu gewärtigen.

Die Gefahr einer Regierungskrise.

Berlin, 8. Dezember. Durch die heute früh veröffentlichte Erklärung der Reichsregierung zur Frage der Beamtenbesoldung ist, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, die zurzeit herrschende schwere innere Krise in einer Weise beendet, sondern im Gegenteil eher verschärft worden. Die Stellungnahme des Kabinetts geht dahin, daß die über die bereits zugestandene Erhöhung der Teuerungszulagen hinausgehenden Forderungen der Beamten nicht erfüllt werden können. Auf der anderen Seite steht aber die Tatsache, daß die Beamten auf ihren Forderungen bestehen bleiben dürfen. Es kommen hinzu die Nachrichten, die von einer erneuten Zuspiitung der Lage in den Eisenbahnbetrieben sprechen.

Auf diesem Hintergrund sind nun nicht unerhebliche Gegensätze zwischen den Parteien entstanden, die in weiterer Folge zu einer Regierungskrise führen können.

Gestern haben zeitweilig recht lebhafte Verhandlungen innerhalb der Reichsregierung und der Parteien stattgefunden. Es handelte sich dabei darum, daß sowohl die Deutschnationalen wie die Wehrheitssozialisten nicht gewillt scheinen, auf den Boden des von den Mittelparteien noch schwierigen Verhandlungen mit der Regierung zu standgekommenen Kompromisses zu treten. Die Deutschnationalen wollen über die Teuerungszulage hinausgehen und eine allgemeine 10-prozentige Zulage gewähren. Da die Sozialdemokraten mit den Deutschnationalen aus Parteiinteressen nicht zusammengehen wollen, würde das mit der Regierung abgeschlossene Abkommen unter Umständen zu Falle kommen. Die gegebene Folge würde dann zunächst der Abschritt des Reichsfinanzministers, damit aber auch der Abschritt der Regierung Fehrenbach sein.

Es schwanken aber zurzeit anstrengte Verhandlungen, um dieses Neuerste zu vermeiden. Man nimmt an, daß die Oppositionsparteien vor den Konsequenzen einer offenen Regierungskrise in dieser Zeit doch zurücktreten werden.

Stellungnahme der Parteien

zur Aufbesserung der Beamten.

Berlin, 8. Dezember. Zur Beratung über die Teuerungszulagen der Beamten traten heute vormittag die Fraktionen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag zusammen. Aus Kreisen der sogenannten Partei erfährt der „Volksanzeiger“, daß gewünscht wurde, auch denjenigen Beamten Zulagen zulassen zu lassen, die unverheiratet sind oder keine Kinder haben. Die Deutschnationalen würden einen Antrag einbringen, in dem auch die kinderlosen Verübungsfähigkeit finden sollen.

Die Abendblätter melden: Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen hat einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, sofort mit den beteiligten Großorganisationen in Verhandlungen zu treten, und die Teuerungszulagen für die Arbeiter- und Angestellten der Reichsbetriebe, rückwirkend ab 1. Oktober, neu zu regeln. Ein zweiter Antrag ersucht, laut „Freiheit“, die Reichsregierung, die Teuerungszuschläge rückwirkend vom 1. Oktober 1920 für alle Reichsbeamte, einschließlich der Diäte, auf 10 000 Mark jährlich festzusetzen. In diesem Antrage wird ferner gefordert, daß die Kinderzulage und die dazu gebildeten Teuerungszulagen einheitlich neu zu regeln sind.

Die Rechtssozialisten haben gleichzeitig einen Antrag eingebracht, der die Erhöhung des Teuerungszuschlages bei den niedrigen Grundgehältern bis 8100 Mark auf 60 v. H. festgesetzt wissen will.

Die Mindestforderungen der Beamten.

Berlin, 8. Dezember. Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorsitzender Wohlfahrtsminister Stegerwald) angegeschlossen ist, hat der Regierung und dem Reichstag folgende Mindestforderungen überreicht:

Allgemeine Erhöhung des Teuerungszuschlages für sämtliche Beamte, besondere Fürsorge für die kinderreichen Familien, besondere Fürsorge für die Beamten in den Industriebezirken Rheinlands, Westfalen, Sachsen und Oberschlesiens, sofortige Intrafektsetzung des neuen Ortsklassenverzeichnisses in der Weise, daß einstweilen für die Orte über 10 000 Einwohner die neue Einteilung finanziell wirtschaftlich wird, Auszahlung der Beträge noch vor Weihnachten, Beibehaltung der Betriebszulage, Veränderung des § 25 des Befolzungsgesetzes in der vom Reichsgutachter-Ausschuss verlangten Weise.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Berlin, 8. Dezember. Die Versuche des Deutschen Eisenbahnerverbandes, direkte Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszulage herbeizuführen, haben erreicht, daß im Reichstag zwischen den einzelnen Verbänden und Vertretern der beteiligten Reichsministerien über die Forderungen der Eisenbahner verhandelt wird. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes tritt morgen vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der die Mindestforderungen festgelegt werden sollen.

Die Linksradikalen am Werk.

Berlin, 8. Dezember. Wie die B.-S.-Korrespondenz erfährt, ist im Verlaufe der Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium eine gewisse Spannung zutage getreten, die sich durch den Aufruf des Deutschen Eisenbahnerverbandes auch nach außen hin bemerkbar macht. Ursprünglich hatten die Großorganisationen verschiedene Forderungen aufgestellt. Man einigte sich dann dahin, grundlegend für die Eisenbahner eine Zahlung von 1 Mark für die Ar-

beispielsweise mehr zu verlangen. Diese Forderung erschien jedoch einem großen Teil der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes für zu gering. So entstand in dieser Organisation eine Spaltung, deren Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die Kommunisten und Neukommunisten sind gegen die Verbandsleitung Sturm gelassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es ihnen gelingen wird, die Gewerkschaft, wenn auch nicht zu sprengen, so doch erheblich zu schwächen. Zusammen mit Kommunisten und Neukommunisten die Syndikalisten mit allen Mitteln auf den sofortigen Streik der Werkstätten- und Stellenarbeiter hin. Die Zeitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat sich verantwortlich gemacht, gegen das Treiben der Kommunisten öffentlich Front zu machen. In Berlin sind die Kommunisten eifrig an der Arbeit, die Eisenbahnwerkstätten zu einer Aktion zu veranlassen.

Neue Spannungen im „Völkerbund.“

Genf, 8. Dezember. (W.D.) In der Diskussion über den Bericht Hanotaus über Novell, der Vertreter Kanadas, scharfe Kritik an den vorgeschlagenen technischen Organisationen, deren Einrichtung einen enormen Apparat und jahrlängende Konferenzen bedingen und die Arbeit der besten Männer in Anspruch nehmen werde. Kanada brauche seine besten Leute für sich selbst und könne sie nicht zu jeder Zeit nach Europa schicken, um dort über Fragen zu beschließen, die vor allem für Europa wichtig, aber für Kanada von geringer Bedeutung seien. Die Schaffung dieser gewaltigen Organisationen in Europa müsse den europäischen Mitgliedern des Völkerbundes schließlich ein Übergewicht verschaffen, das den Interessen Amerikas nicht entspreche. Nach Novell sei die Völkerbundssitzung gar nicht bestimmt, von sich aus diese Organisationen zu errichten, bevor nicht zwischen den Staaten darüber besondere Abkommen abgeschlossen seien. Kanada habe während des Krieges, der die Folge des politischen Hörgeizes europäischer Staaten gewesen sei, für Europa gewaltige Opfer gebracht. Es könne nicht in dieser Weise fortfahren, den europäischen Interessen dienlich zu sein.

Hanotaug, der Vorsitzender der Kommission, wandte sich in sehr erregten Ausführungen gegen Novell. Nach dem Völkerbundvertrag steht der Völkerbundssitzung durchaus die Kompetenz zu, die vorgeschlagenen technischen Organisationen zu errichten. Kanada hätte seine Opposition nicht jetzt, wo es sich blickt um die Anwendung der Bestimmungen des Paktes handle, sondern bei dessen Feststellung vorbringen müssen. (Beifall.)

— **Wille u. Australien** unterstützen die Ausführungen Novells. Die laudabile Delegation habe durchaus das Recht, in der Versammlung, die sie mit der Ausführung des Paktes zu befreien habe, die Vorschläge der Kommission zu kritisieren und ihre Ablehnung zu empfehlen. Auf Grund des Völkerbundvertrages sei die Versammlung ohne Zustimmung der Regierung gar nicht in der Lage, folgende gewaltige Ausgaben zu machen. Es sei festgestellt, daß die Kommission mit ihren Vorschlägen über den Geist des Paktes hinausgegangen ist.

A. d. Schweiz betonte, daß es sich bei Schaffung dieser Organisationen um eine Lebensfrage für den Völkerbund handle. Der Völkerbund wolle keineswegs ohne Amerika vorgehen, sondern legt größten Wert auf die Mitarbeit der überseeischen Staaten.

Lord Robert Cecil appellierte in längeren Darlegungen an den Geist der Verständigung. Daraufhin erklärte sich schließlich Hanotaug im Namen der Kommission damit einverstanden, daß die ganze Angelegenheit nochmals an die Kommission zurückgeht, um eine Einigungsformel zu finden.

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 9. Dezember 1920.

Eine große Bäckerversammlung

Wand auf Einladung des Obermeisters der Vereinigten Bäcker-, Konditor- und Pfefferküchler-Gesellschaft, Maiwald, am Mittwoch nachmittag im Saale der Stadtbäckerei statt. Die Bäckerinhaber des Kreises Waldenburg waren in außerordentlich großer Zahl erschienen, um gegen die in letzter Zeit von der Kreisbehörde eingeleiteten scharfen Maßnahmen gegen die Herstellung und den Verkauf von markenfreiem Gebäck seitens der Bäckereien Stellung zu nehmen. Auch der Landrat war erschienen und klärte über die schwierige Lage der Brotaufsorgung auf. Aus der Versammlung wurde geltend gemacht, daß eine mäßige Herstellung markenfreiem Gebäck schon im Interesse der Kinderernährung für den hiesigen Kreis eine dringende Notwendigkeit und deshalb die Androhung von hohen Strafen seitens der Behörden durchaus unangebracht sei. Das scharfe Vorgehen der Behörden habe zu einer großen Erbitterung der Bäckerinhaber geführt. Lebhafte Klage wurde auch über die teilweise ganz unzureichende Abgabe der den einzelnen Bäckereien zustehenden Mengen von Geschäftszucker geführt. Die sehr erregten Ausführungen der Erschienenen führten zu dem einstimmigen Beschluß, von Seiten der Zunft bei ihrem zuständigen Verbande für die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide energisch einzutreten, da diese Zwangswirtschaft nur noch ein

Scheindasein führe. Es steht fest, daß die Reichsgetreidestelle für Brotgetreide kaum 30 Prozent des selben erfasse, während das übrige Brotgetreide dem Schleichhandel versalle. Das hier so streng gehandhabte Bäckerbot könnte nur bewirken, daß das Mehl in andere Kreise geht und die hiesige Bevölkerung gezwungen werde, wieder mehr als bisher sich von auswärts auf dem kostspieligen Hamsterwege mit Mehl für die Hausbäckerei zu versorgen. Obermeister Maiwald wies die Versammlungen auf die Einhaltung der bestehenden Bestimmungen hin, damit für den Kreis Waldenburg die Brotversorgung gewährleistet werden könne. Das Abbacken von erlaubtem Haubackbrot ist auch weiterhin gestattet.

* **Fellhamer.** Gv. Kirchbauverein. Unter Vorbehalt des Lehrer Lotzen hielt der Gv. Kirchbauverein am Dienstag abends in Thiemanns Gasthof seine Generalversammlung ab, mit der er sein 20. Vereinsjahr beschloß. In seinem Rückblick ließ der Vorsthende noch einmal den Werdegang des Vereins sowie seine segensreiche Tätigkeit um den Bau des schmalen Kirchleins und dessen Ausstattung vor den Augen der Mitglieder vorüberziehen. Unfehlbar Großes hat der Verein geleistet, aber auch für die Zukunft ist ihm noch ein weites Arbeitsfeld gegeben; er wird sich vermutlich die Neubewässerung der Gedenken, die er seinerzeit schon für die Kirche stellte, sowie den Bau über den Erwerb des Pfarrhauses angelegen sein lassen. Es ist daher Pflicht jedes Kirchgemeindemitgliedes, dem Verein mehr Interesse wie bisher entgegenzubringen. Die Mitgliedszahl, die sich bisher in steter Auf- und Wiederbewegung befand, muß eine ständige und höhere werden; sie betrug am Ende des 20. Vereinsjahres nur 63. Der verfehlten Mitglieder, Postvorsteher Vogel und Auszubildender Lotzen, wurde in ehrlicher Weise gedacht; ersterer zählt zu den Mitgliedern des Vereins und war langjähriges Vorstandsmitglied. Nach dem Kassenbericht des Apothekers Terlinden stand der Jahresertrag mit 609,13 M. eine Ausgabe von nur 23,95 M. gegenüber. Das Vereinsvermögen stieg auf 3498,45 M. Den Kassierer wurde unter dem besonderen Ausdruck des Daniels Entlastung erteilt. Der durchs Los ausscheidende Schriftführer, Kaufmann Gustav Taubitz, wurde einstimmig wiedergewählt. Auf Bechluss bleibt der Verein auch ferner im Vereinsregister eingetragen.

* **Fellhamer. Adventseier.** Am 30. November hielten die evang. Frauenhilfe, am 2. Dezember der evang. Männer- und Jünglingsverein ihre Adventseier ab. Bei letzterem sprach Herr Lehrer Anders über den 2. Teil seines Vortrages „Revolution in der Sternenwelt“. Zum Gedächtnis des 10. Dezember 1520, Verbrennung der Bannbullen durch Luther, wird am 10. Dezember, Freitag abends 1/8 Uhr im Saale des Gerichtsgerichtshaus ein evangelischer Familienabend veranstaltet. Dazu ist jedermann herlich eingeladen.

* **Steingrund. Turnverein.** Bei vollbesetztem Saale hielt der Turnverein im Saale des Gerichtsgerichtshaus sein Herbstvergnügen ab. Eröffnet wurde der Abend mit einer recht wirkungsvoll gestalteten Pyramide. Anerkennenswert waren die Leistungen an Stab und Barren, sie machten dem jungen Verein alle Ehre. Der Einakter: „Das Glück am Weihnachtsabend“ wurde gut gespielt und wirkte erhebend. Ein von acht Mann vorgesetzter Reigen mit elektrisch erleuchteten Säben und allgemeinen Auflang. Der ganz fehlende Einakter: „Stieglitz in Brunnhödel“

wurde statt gespielt und kostete die allgemeine Heiterkeit. Die Brüderchenpausen wurden von einem Turnbruder mit Liedertörnchen ausgefüllt. Den Schluss bildete ein von 16 Turnern gut ausgeführter Herdenreigen. Für gute Weisit sang die Dörfel'sche Kapelle.

Letzte Telegramme.

Der Streit um die Beamtenforderungen.

Berlin, 9. Dezember. Zu dem Streit um die Beamtenförderung zulage schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß bis gestern abend eine Einigung der Fraktionen des Reichstages noch nicht erreicht worden sei. Die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten bestanden darauf, ihre Anträge, die über die Vorschläge der Regierung hinausgehen, bei der heutigen Beratung der Leistungszuschläge im Reichstag einzubringen. Nehme der Reichstag diese Vorschläge an, so werde die Regierung gezwungen sein, hierzu Stellung zu nehmen und eventuell die Konsequenzen zu ziehen, wenn sie glaubt, die durch die Billigung bedingten Mehrausgaben infolge der Zusage der Reichsfinanzien nicht verantworten zu können.

Beamtenprotest gegen das Streikverbot.

Berlin, 9. Dezember. Der Zentralverband der deutschen Post- und Telegraphenbediensteten, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Verband deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker und der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals wenden sich in einer gemeinsamen Protesterklärung gegen das Streikverbot des Reichspostministers. Die Erklärung behauptet, daß die Vorschläge des Reichspostministers ein Verstoß gegen soziale Rechte und Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Beamten und Lohnangestellten der Reichs-Post- und Telegraphen-Anstalten bedeute und schließt mit den Worten: „Wird den mit Recht erhobenen Vorwürfen der Beamten und Lohnangestellten der Reichs-Post- und Telegraphen-Anstalten nicht Rechnung getragen, so sehen wir uns gezwungen, von dem uns zuliegenden Streikrecht auch gegen den Erlass dieser Verordnung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.“

Konflikt im Hauptausschuss des Reichstages.

Berlin, 9. Dezember. Im Hauptausschuss der Landesversammlung verlangt Finanzminister Südermann eine erneute Aussetzung der Verhandlungen über das Landesteuergesetz. Er berief sich dabei auf den neuen Kabinettsschluß. Es sei erforderlich, daß das Grundsteuergesetz und das Ausführungsgesetz zum Landesteuergesetz gemeinsam beraten würden. Die Mehrheitssozialisten unterstützen die Darlegungen des Finanzministers. Zentrum und Demokraten sprachen sich dagegen aus. Es wurde beschlossen, die Beratungen fortzusetzen. Darauf erklärten die Mehrheitssocialisten, sie würden an den Beratungen nicht mehr teilnehmen. Gegenstand der materiellen Aussprache bilden die Anträge von Kries (deutschnational), Buer (Demokrat) und Kloß (Zentrum), die an Stelle des Regierungsentwurfes eine anderweitige gezielte Regelung vorschlagen.

Ein Kommissar des Papstes in Österreich.

Rom, 9. Dezember. Die „Agencia Stefani“ meldet: Infolge der Bewegung, die innerhalb der polnischen Geistlichkeit im Zusammenhange mit der Kundgebung des Bischöfchens Dr. Bertram entstanden ist, hat sich der Balkan entschlossen, nach Österreich den Wiener Geistlichkeit des Heiligen Stuhles, Mousignore Ogn, zu entsenden. Ogn reist nach Konzilien mit dem Papst und dem Kardinalstaatssekretär nach Österreich und verbleibt bis zum Abschluß der Volksabstimmung dort.

Die Südtiroler in Berlin.

Berlin, 9. Dezember. Die Tiroler Abordnung befindet sich seit Dienstag in Berlin. Mittwoch nachmittag sind die Herren vom Reichsminister des Neuzuges empfangen worden. Donnerstag werden sie beim Kanzler vorsprechen. Dann wollen sie sich zunächst mit dem Zentrum in Verbindung setzen, denn sie auch parteimäßig am nächsten stehen. Sie gehören nämlich der christlich-sozialen Partei an. Aber auch mit der Deutschen Volkspartei wollen die vier Vertreter Südtirols Führung nehmen.

Stapellauf.

Berlin, 9. Dezember. Der „Dtsch. Allg. Blz.“ zufolge ist gestern auf der Weserwerft der für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“ in Bremen im Bau befindliche 100-Tonnen-Dampfer „Sturmflut“ vom Stapel gelassen.

Wettervorhersage für den 10. Dezember: Veränderlicher Wind, strichweise noch Schnee.

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben (Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Münn, für Redaktion und Anzeigen: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Waldenburger Zeitung

Nr. 288.

Donnerstag, den 9. Dezember 1920

Beiblatt

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 9. Dezember 1920.

16. Schlesische Provinzialsynode.

Die 6. Sitzung leitete Pastor prim. O. St. Reichenbach ein. Es kamen die von der vorigen Sitzung übriggebliebenen Punkte zuerst zur Erledigung.

Der Antrag der Kreissynode Schweidnitz-Reichenbach betreffend Änderung des Absatzes 2 des § 1 der Auhegehaltsordnung für die Geistlichen vom 26. Mai 1909 dahin, daß der Geistliche nach Vollendung des 65. Lebensjahres das Recht auf Versehung in den Ruhestand haben soll (Berichterstatter Pastor prim. O. St.); der Antrag der Kreissynode Görlitz I auf Änderung des § 8 Absatz 2 der Kirchgemeinde- und Synodalordnung (Wechsel in der Führung des Vorstes im Gemeindesekretariat unter den Pastoren) nach Berichterstattung durch Pastor Zobel-Görlitz wurden abgelehnt. Die Bitte der Kantoren und Organisten des Kreises Rothenburg, eine einheitliche Regelung der Besoldungssache der Kantoren und Organisten und die Schaffung einer Ausgleichs- und Alterszulage zu erstreben, wurde als berechtigt anerkannt und dem Generalsynodalvorstand als Material überwiesen.

Die vorgeschlagenen Kollellen wurden zum Teil als bloße angenommen; die für den Deutschen Bund für christliche evangelische Erziehung in Haus und Schule abgelehnt.

Zur Beschaffung von theologischen Werken für unbekittelte Kandidaten der Theologie wurden über den Antrag des Konsistoriums um 500 M. hinausgehend 2000 M. jährlich bewilligt. Ein Antrag Kaufleute regt die Fürsorge für die evangelische Kirche Oberschlesiens in den Kirchen Schlesiens an; die Kirchliche Behörde wird gebeten, die Anregung an die Pfarrämter weiterzugeben. Dem Laudationsfonds werden dem Antrag des Konsistoriums entsprechend 5000 M. jährlich aus provinzialkirchlichen Mitteln bewilligt. Zu Deputierten werden Probst D. Decke, Stadtrat Dr. Friedel und Landrat Ged. Regierungsrat von Gehr gewählt, bzw. wieder gewählt. Der Antrag, dem Wilhardsfonds eine jährliche Zuwendung von 15 000 M. zu machen und diese Summe dem provinzialkirchlichen Hilfsfonds zu entnehmen, womit die Komination um 5000 M. über den Antrag des Konsistoriums hinausging, wurde genehmigt. Dem Verein für Geschichte der evangel. Kirche Schlesiens, der anstatt nur 750 M. jährlich 2000 M. beantragt hatte, wurde eine jährliche Beihilfe von 3000 M. zum Druck seines Korrespondenzblattes bewilligt.

Der Antrag der Kreissynode Namslau, den Kirchengemeinden Droscha und Reichthal die Provinzialabonnenten zu erlassen, wurde abgelehnt. Der Kirchgemeinde Brieg sollen 2000 M. provinzialkirchliche Beiträge zurückstehen werden.

Schließlich vertrat Superintendent Wohlhart (Sagan) den Antrag sämtlicher Gruppen betr. Bedeutung und Gedächtnis des 18. April 1521. Die Synode spricht dem Antrag entsprechen die einmütige Erwartung aus, daß die Gemeinden der Provinzialkirche am 18. April 1921 oder dem nächstgelegenen Sonntage in Form kirchlicher Gedächtnisfeiern der einzigartigen Bedeutung des weltgeschichtlichen Ereignisses einmütig Genüge tun werden.

Vertreterversammlung des Bezirkshauptmanns Waldenburg des deutschen Beamtenbundes.

Aus Beamtenkreisen wird uns berichtet:

Der überaus zahlreiche Besuch der im Fremdenhof zum schwarzen Ross abgehaltenen Vertreterversammlung betonte die Spannung, die die Beamten- und Behörden angesichts der bevorstehenden Ent-

scheidung über das neue Beamtenbesoldungsgesetz erfuhr. Zunächst wurde die

Frage der Ortsklasseneinteilung

erörtert. Nach dem vorliegenden Berichtsnachricht soll die Stadt Waldenburg selbst in Ortsklasse B, die anderen größeren Orte nach C und der größere Teil nach D eingereiht werden. Eine derartige Eingruppierung muß den lebhaftesten einmütigen Willen des Bezirkshauptmanns bewirken, daß immer und immer wieder dafür eingetreten ist, daß sämtliche Orte des Industriekreises Waldenburg einheitlich Rothenbach als wirtschaftliche Einheit anerkannt werden, zumal zuletzt Waldenburg und die an das Straßenbahnhetz anliegenden Orte in derselben Ortsklasse wie Breslau sind. Umso mehr muß es verwundern, wenn nun mehr noch weitere Unterschiede gemacht werden, obwohl durch einwandfreies Zahlenmaterial immer und immer wieder bewiesen worden ist, daß alle Orte des Industriekreises unter denselben Leistungswertigkeiten liegen. Der Vorstand hat deshalb nochmals in letzter Stunde Schritte in Berlin wegen einer anderweitigen gerechten Eingruppierung unternommen und sich auch dieserhalb mit einflussreichen Parlamentaristen in Verbindung gesetzt.

Weiter berichtete der Vorstand über Verhandlungen mit dem Landrat wegen Anerkennung und Hinzuziehung der Beamtenorganisation und ist bei der letzten Konferenz bestmöglich Erörterung der Einkommensverhältnisse des Kreises und der Herabsetzung der Fleischpreise auch das Bezirkshauptmann eingeladen worden und vertreten gewesen. Dann berichteten die von dem Bezirkshauptmann nach Breslau zur Provinzialtagung entstandenen Delegierten über die dortigen Verhandlungen des Provinzialkultus, die Stellungnahme zu dem Sperrgesetz, den angekündigten 48stündigen Arbeitstag, das Verbot der Kritik der Beamten an Regierungsmahnmahmen und die wenig entgegenkommende Haltung des derzeitigen Oberpräsidenten gegenüber der Beamtenorganisation. Wenn gefragt wird, daß der Staat nicht in der Lage ist, weiter entgegenkommen zu können, so wird von sachverständiger Seite darauf hingewiesen, daß von 3 Milliarden, die für die Neuorganisation des Polizeiwesens eingesetzt sind, mindestens eine Milliarde erfordert und durch sie die Grundforderungen der Beamten erfüllt werden können. Die Entscheidung über das DGB liegt bei dem Parlament und werden die Beamten ersehen, welche Parteien für sie etwas übrig haben. Lebhaftesten Widerspruch muß die angekündigten Regelungen der höheren Ortsklassen mit an und für sich höheren Bezügen zurzeit eine 10prozentige Erhöhung gegenüber denen der unteren Ortsklassen zugebilligt werden soll, die am schlechtesten besetzt sind und deren Anstrengung sich aber um ein vielfaches teurer gestaltet als in den Großstädten, wo Ausbildungsmöglichkeiten am Orte selbst vorhanden sind.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete die Erörterung des Themas

Beamtenbund und Streitrecht.

Wenn auch die Regierung das Streitrecht nicht anerkennt will und jedem freiliegenden Beamten die sofortige Entlassung anbietet und bereits ein besonderer Staatskommissar ernannt worden ist, der gegen die Beamten einschreiten soll, so wird sich dadurch die Beamtenchaft nicht im geringsten einschüchtern lassen, auch wenn schon rote Blätter fertiggestellt sind, die das Urteil über die Beamten der Daseinslichkeit bestimmen sollen. Die Vertreterversammlung des Bezirkshauptmanns sollte darum, welche Stellungnahme die Beamten- und Lehrerschaft im Industriekreis Waldenburg gegebenenfalls einnehmen, wie sie sich zum event. Streit stellen wird.

Es lagen von mehreren Ortsklassen Anträge vor, die sich für einen Streit erklären, bzw. den Vorstand beauftragten, sofortige Schritte einzuleiten, um die Vorbereitungen für einen Streit zu treffen. Die Ausprache über diesen Punkt war eine sehr

lebhafte und eingehende. Die Beamtenchaft ist sich des Ernstes der Stunde wohl bewußt. Ein Vertreter trat vorwärts dafür ein, daß im Kreise Waldenburg mit einem Teilstreit begonnen werden soll, nachdem lange genug und ohne Erfolg verhandelt worden ist. Das Für und Wider wurde nach allen Seiten hin beleuchtet und kam man zu dem Ergebnis, daß ein Teilstreit, weil keinen Erfolg versprechend, abzulehnen ist. Nur ein allgemeiner Streit der Beamtenchaft, der von der Zentrale aus angeordnet werden muß, kann zum Ziele führen. Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß die Beamten und Lehrer in ihrer Notlage und der dadurch hervorgerufenen verzweifelten Stimmung vor dem letzten Mittag nicht zurückstehen werden. Es wurde ein Antrag angenommen, in den einzelnen Ortsstellen, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, eine Probeabstimmung für eine Abstimmung zum allgemeinen Streit sofort vorzunehmen und umgehend das Ergebnis derselben dem Vorstand des Bezirkshauptmanns zu übermitteln, damit dieser auf Grund des Ergebnisses dieser Abstimmung dem Zentralvorstand über die Stimmung im bietigen Revier unterrichten kann. Der Deutsche Beamtenbund selbst hat bereits einen Ausschuß zur Erledigung der Vorarbeiten für einen allgemeinen Streit gebildet, mit dem zu rechnen ist, sobald das Ergebnis der Abstimmung über die Besoldungsvorlage vorliegt. Die Beamtenchaft will den Streit nicht, weil sie sich bewußt ist, welche Folgen für das ganze Wirtschaftsleben er haben wird, aber sie scheut auch nicht vor ihm zurück, da es sich um die Sicherung ihres Existenzminimums handelt.

Die weiteren Punkte der umfangreichen Tagesordnung, Beamtenwirtschaftsbund und Stellung zu der Beseitigung des Steuerprivilegs der Beamten, müssen vertragen werden. Beschlossen wurde einstimmig eine Erhöhung des Jahresbeitrages für das Bezirkshauptmann auf 3 M. vom nächsten Jahre ab, da der Provinzialbeitrag auf 1 M. erhöht worden ist. Lehrer Pätzold (Mosenau) wurde in den Vorstand des Provinzialkultus gewählt. Abgelehnt wurde ein Antrag des Ortskultus Freiburg auf Aufnahme in das Waldenburger Bezirkshauptmann. #

Weihnachtspaketverkehr.

Bei den zum Teil noch bestehenden Betriebschwierigkeiten, die sich für die Postverwaltung naturnah aus dem Mangel an Beförderungsgelegenheiten ergeben, läßt es sich, wie die Postverwaltung mitteilt, nicht umgehen, wie in den Vorjahren zur Beseitigung des Weihnachtspaketeverkehrs für kurze Zeit eine Beschränkung der Wertpaketbeförderung eintreten zu lassen. Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 24. Dezember werden deshalb die Postanstalten zur Beförderung unter Wertangabe von mehr als 500 M. von Privatpersonen nur solche Pakete annehmen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder barans gesertigte Gegenstände enthalten. Wertpakte von mehr als 500 M. mit anderem Inhalt müssen während der angegebenen Zeit von der Versendung unter der höheren Wertangabe ausgeschlossen werden. Die Sparte erstreckt sich nicht auf Wertpakte sowie auf Gilde und dringende Pakete.

Die glatte Ablösung des Weihnachtspaketeverkehrs kann durch Beachtung nachstehender Punkte wesentlich erleichtert werden. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungstoffe recht dauerhaft herzustellen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und halbbar anzubringen, der Name des Bestimmungsortes unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; die Weihnachtssendungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern. Auf die Beachtung der Aufschrift, auf dem Paket den Namen und Wohnort nebst Wohnung des Absenders anzu-

Gruß an den Winter.

Von Hans Bethge.

(Schluß.)

Und dann schießt man vom Kamm in das Tal hinab, und wenn man in den allerschönsten Winter hineinfahren will, so leistet man nach der rauhen böhmischen Seite hinunter, nach Neuwelt, dem einzamten Glashüttendorf, das mit seinen alten, riesigen, bis zur Erde hinabreichenden Holzdächern ganz verschlafen und verträumt unter den riesen Läden des Schnees daliegt, eine liebe, weiße, wertvolle Puppe...

Einmal, an einem blassen, sonnenlosen Tage, zog ich den Rodel zur alten schlesischen Baude hinauf. Der Wind peitschte durch den Wald und jagte mächtige Ballen zerstreuende Schneeflocken von den Bäumen. Leute kamen mir entgegen und sagten: es ist unmöglich, die Baude zu erreichen, eine Schneewehe wütet davor, man kann sie nicht passieren. Als ich oben an den Rand des Waldes kam, sah ich vor mir ein tobendes, rasendes Element, wie das ausgeregnete Meer. Ein eisiger Sturm heulte vom Kamm in die Hölle herunter und führte harten, gefrorenen Schnee, gleich Glassplittern, mit sich. Die Wehe war so dicht, daß man die gleich dahinter liegende Baude nicht erkennen konnte. Eingeramme Stangen dienten als Wegweiser. Ich warf mich in das Brausen hinein

und erkämpfte mit Schritt für Schritt einen Weg, die Stangen als Richtschnur nehmend. Der Rodel behinderte mich in ängstlicher Weise, er stand an der Leine wie ein wirbelnder Drache in der Luft. Ich lehnte mich schief gegen den Sturm, die Eisplitter zerrissen mir die Bäume, zuweilen blieb ich stehen und neigte mich der Windabseite zu, da mich die Lungen schmerzten und mir der Atem ausging. Als ich zur Hälfte hindurch war, kam mit der Gedanke, umzutreten, da die Kräfte nachließen. Doch nahm ich den Kampf wieder auf, und als ich dann drüben anlangte und nach der eisigen Türlinie der Baude griff, schlotterten mit den Gliedern, der Körper war in Schneeweiss gehüllt, das Gesicht blutete, das Herz hämmerte wild, der ganze Kiel war einer völligen Erfrischung nahe. Die Baudenleute gaben mir Kognak und erzählten allerhand grausige Geschichten vom Winter. Man habe ein Mädchen 10 Schritte neben der elterlichen Baude ertragen zu müssen, da die Kräfte die Herumtreibende im letzten Augenblick verlassen hätten. Jenes tobende Element dort oben ist die danach, trockigte erregte und unheimlichste Form, in der mit der Winter bisher begegnet ist.

Von Lieblicher sei gesprochen. In Franken gibt es eine reizende Sitte. Am Barbaratage, das ist der 4. Dezember, schneiden sich die Leute einen Kirchbaumzweig, steken ihn in ein Gefäß mit Wasser, stellen ihn auf den warmen Ofen, — und zu Weihnachten steht er in herrlichster Blüte. Man muß

natürlich einen Knospentragenden Zweig dazu wählen, auch das Wasser jeden zweiten Tag erneuern. Das Experiment gelingt nicht immer. Wenn der Bartramzweig seine Blüten aber gerade in der Christnacht öffnet, so bedeutet das untrügliche Omen für das kommende neue Jahr.

Entzücklich sind Beobachtungen im Winter. Wenn der Wind über den kalten Friedhof peitscht, wenn der Sang in die harte Erde gelassen wird und die gefrorenen Erdschollen lieblos wie Steine darauf hinunterrollen, — entzücklich, zum Fortlaufen. Entzücklich der Tod der Obdachlosen, die auf der Landstraße kriechen im Schneesturm liegen bleiben und erfrieren. Wunderlich ist es, wenn junge Menschen in schneeloser Kälte mit fülligem Schwung über weite, glatte Seen laufen, den Eisdruck unter den Füßen und der blutrote Sonnenuntergang spiegelt sich läbend auf der blauen Bahn. Wunderlich die Fahrten im Schneeschlitten durch weite schweigende Landschaften, wenn sich die Hände verlebter Menschen unter der weichen Pelzdecke sinden.

So ist der Winter. Quelle der Lust den einen, den Andern Quelle des Jammers. Ach, sei uns hold, Winter, schaffe uns freundliche Tage in behaglichen, wohl durchheizten Zimmern oder auf Bergeshöhen, wenn wir im flauschigen Sweater die übermäßige Lust des Sports heftig atmend in den gesunden Gliedern spüren!

geben und in das Heft oben auf ein Doppel der Aufschrift zu legen, wird besonders hingewiesen.

* Umlaufschein der Jubiläums-Motgoldscheine. Auf Grund verschiedener Anfragen wird uns vom Magistrat mitgeteilt, daß die im Umlauf befindlichen Jubiläums-Motgoldscheine (Feuerwehr- und Gymnasium-Jubiläums-Motgoldscheine), wie bereits bekanntgegeben, über den 31. Dezember 1920 hinaus in Gültigkeit bleiben.

Die Bezirksversammlung heimatreuer Oberschlesiener. Die Nähe des Festes hat die Vertrauensleute des Bezirksverbandes nicht abgehalten, zu der Monatsversammlung am Dienstag fast vollständig zu erscheinen. Der Vorsitzende des Verbandes, Kunstmaler Kräfert, begrüßte besonders den Vertreter der Vereinigten Verbände, Seminardirektor Dr. Knauer. In seinem Bericht über die Tätigkeit der letzten Wochen gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich viele Vereine in den Dienst der guten Sache gestellt haben. Die Neineinnahmen haben die Kasse des Verbandes nicht unwe sentlich gestärkt. Auch die Ortsgruppen werden ermuntert, in der Veranlagung von Oberschlesiern-Wünschen fortzufahren. Aus der reichlichen Tagesordnung, die des Amtsgenossen genug brachte, sei kurz nachfolgendes hervorgehoben: Die Ortsgruppen sollen unverzüglich an die Bildung von Neisedehilfesausschüssen herantreten. Anträge auf Bewilligung von Neisedehilfen können schon jetzt bei den Ortsgruppen gestellt werden, die hierzu geeignete Bordrucke bereithalten. Beim Bezirksverbande wird ein Prüfungsausschuss gewählt, dem die Anträge unterbreitet werden. Er besteht aus Steiger Krüger, Gartemeister Goltey, Bergbaumeister Wons, Buchhändler Banzel, Schreibermeister Olschowka, Kaufmann Gürich und Fräulein Hahn. Die Auszeichnung der Fahrtscheine in allernächster Zeit gehegt durch Fachleute, die den Ortsgruppen zugeteilt werden. Der Tag wird noch bekanntgegeben werden. Jeder Abstimmungsberechtigte hat zur Ausstellung der Fahrtscheine persönlich zu erscheinen und kann dann besondere Wünsche hierbei vorbringen. Da mit der "Duna" seitens des deutschen Schubbundes im Interesse der Abstimmenden abgeschlossene Unfallversicherung hat eine wesentliche Erhöhung erfahren. Der Entschädigungssatz für Todesfall und Ganzinvalidität ist von 10 000 M. auf 40 000 M. und die tägliche Entschädigung bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit infolge Unfalls von 5 M. auf 20 M. erhöht worden. Von den bestellten Schuhen werden in den nächsten Tagen die Kinderschuhe zur Ablieferung bei den Ortsgruppen gelangen. Der Preis ist sofort zu entrichten. Die Lieferung der Frauen- und Männerchuhe erfolgt etwas später. Durch den Schubbund wird bekanntgegeben, daß noch für etwa 70 000 Abstimmungsberechtigte Unterkunft in Oberschlesien besorgt werden soll. Um die Unterbringung zu vermeiden, sollen im Altdanisch etwa 70 000 oberschlesische Kinder in den benachbarten Provinzen untergebracht werden. Die Ortsgruppen werden gebeten, in Verbindung mit den Frauenvereinen für die Unterbringung der Kinder Sorge zu tragen. Verschiedene Anfragen aus der Versammlung gaben dem Vertreter der Vereinigten Verbände Veranlassung zu bemerkenswerten Ausführungen. Die Polen vertraten mit Wohl durch die Presse deurzähnende Nachrichten, um angestellte Gemüter von der Reise nach Oberschlesien abzuholen. Im übrigen sind Vorlehrungen zur weitergehenden Sicherheit der Abstimmungsberechtigten selbst in den kleinsten Ortschaften getroffen. Falls die Abstimmung im Januar stattfinde, was aber beim gegenwärtigen Stand der Frage ausgeschlossen erscheint, wird für ausreichende Beheizung der Sonderzüge georgt. Züge des öffentlichen Verkehrs werden wahrscheinlich nach Oberschlesien zu während der Abstimmungsstage seitens des interalliierten Komitees gesperrt werden. Die Benutzung der Sonderzüge ist also dringend anzuraten.

Die Oberschlesier-Kinder! Die Unterbringung der Abstimmungsberechtigten in ihrer oberschlesischen Heimat macht ganz außerordentliche Schwierigkeiten. Um niemanden vor der Fahrt abzuschrecken, soll die Errichtung von Baracken und Massenquartieren vermieden werden. Daher sollen vierzehn Tage vor und vierzehn Tage nach der Abstimmung viele Tausend oberschlesische Kinder in Mittel- und Niederschlesien, Brandenburg und Sachsen untergebracht werden, um Platz zu schaffen. Auch der Kreis Waldenburg muß eine große Anzahl Kinder aufnehmen. Keine vorläufige gesetzliche Familie sollte sich dieser Pflicht entziehen. Auf Anregung des Bezirksverbandes heimatreuer Oberschlesiener hat der Fürsorgeausschuss die Aufgabe übernommen, Wohrsassen solcher Familien zu sammeln, welche bereit sind, ein oder mehrere Kinder kostenlos oder gegen ein tägliches Entgelt von 5 M. vierzehn Tage vor und vierzehn Tage nach der Abstimmung aufzunehmen. Möglicherweise umgehende Meldungen aus dem ganzen Kreise sind zu richten an: Frau Dr. Cyren (Waldenburg), Wilhelmstraße 5 a. Falls noch nähere Auskunft gewünscht wird, erteilt solche Frau Kräfert, Gartenstraße 3 III, Fernsprecher 785.

Die Musikalische Gesellschaft. Die Musikalische Gesellschaft ist in der müßigen Tage, ihren Mitgliedern insofern eine Entlastung bereit zu müssen, als die für den 9. Dezember verpflichtete Klavierkünstlerin Frau Frieda Kewast-Hodapp wegen plötzlicher Erkrankung abgezogen hat. Da eine Verlegung des Konzertes aus technischen Gründen nicht möglich ist, hat sich die Musikalische Gesellschaft entschlossen, Herrn Josef Schwarz (Klavier) aus Berlin für denselben Abend zu verpflichten. Herr Schwarz ist in der musikalischen Welt eine bekannte Größe erster Ordnung, so daß die Konzertbesucher einen vollwertigen Ersatz an diesem Abend finden werden.

* Stadttheater. Das Stüpppiel "Asklepius auf der Heide" mit den alten hübschen Volksmelodien wird am Freitag zum ersten Male aufgeführt. Am Sonntag sind nur eine Abendvorstellung statt. In Szene geht die Operettenposse "Die Kropopuppe" mit Ida Hill. Das Weihnachtsmärchen "Peterchens Mondfahrt" kommt erst in acht Tagen zur Aufführung, da die dazu benötigten Kostüme noch nicht eingetroffen sind und technische Schwierigkeiten sich in den Weg gesetzt haben.

* Was kostet ein Geschäftsbrief? Bei Sparsumptom Materialverbrauch kostete ein Brief, wie in "Neuland", Zeitschrift für Geschäftsförderung, im einzelnen nachgewiesen wird, im Januar dieses Jahres zum allermeisten 1,25 M. Hierbei sind indessen nur die Kosten für Briefsendung, Briefumschlag, Durchschlagsbogen, Porto und anteiliges Gehalt der Stempelkästen in Rechnung gestellt, wobei ein Sperrraum von nur sieben Pfennigen für die einfachsten Expeditionsarbeiten bleibt. Dagegen sind die anteiligen Gehälter der an der Abfassung und an der Expedition beteiligten Angestellten in höherer oder gehobener Stellung, beigleichen die gesamten Generaluntersosten nicht berücksichtigt. Zugewichen ist das Porto erhöht worden und die Durchpreise sind viermal gestiegen worden, sodass die Schriftleitung der "Staats- und Selbstverwaltung" die Kosten des einfachen Geschäftsbriefes auf drei Mark berechnet!

* Ein Turnerheim auf der Insel Rügen. Tausende von jungen Leuten, Turner, Sportanhänger, Studenten, Schüler und Wandervögel können alljährlich auf Rügen bei ihren Turn- und Wandertagen für möglichen Preis kein Unterkommen finden, außer in den teuren Hotels. Der Turn- und Sportverein Sohnitz e. V. will hierin Abhilfe schaffen. Der Verein hat in bester Gegend von Sohnitz am Wege nach Stubbenkammer ein Gelände von 18 600 Quadratmeter Größe für 50 000 M. läufig erworben. Eine Höhe von 9000 Quadratmeter wird als Turn- und Sportplatz angelegt; auf dem übrigen Teil soll ein Turnerheim, verbunden mit einer Turnhalle und einem Aussichtsturm, "Jahn-Turm", erbaut werden. Der Turnverein richtet an alle Freunde und Gönner für Jugendziehung und Volkswohlschaft die herzlichste Bitte, zu diesen sehr hohen Kosten mit größeren und kleineren Beträgen beizutreten. Gleich wie in schwerer Zeit Turnvater Jahn 1811 seine Jugend um sich versammelte, so soll dieser Jahn-Turm mit seinem Turnerheim jederzeit eine Sammelstätte frischen, fröhlichen Turner- und Wandervolkes werden, zur Förderung vaterländischer Gestaltung, Erziehung der Jugend für lebhafte und konträre Geschlechter. Dieser Aufruf wird im ganzen Vaterlande verbreitet mit der Bitte, daß die Stadtverwaltungen, Vereinsvorschriften, Private und Gönner Spenden an Postcheckkonto 27 823 Stettin, Konto Sohnitzer Bank, Turn- und Sportverein e. V. einzahlen wollen.

* Niederhennsdorf. Familienabend. Der heilige evangelische Verein junger Männer hatte seine Freunde und Gönner am Mittwoch zu einem Familienabend in den Glashilfssaal eingeladen. Diakon Lübel wird neue Mitglieder und bezeichnete als Zweck des Vereins bei der gegenwärtigen Veranlagungs- und Gewaltkunst die Hinführung der Jugend zu wahrer Jugendglück. Die Knabenabteilung wartete mit einem Neigen auf und stellte recht gewandt einige Pyramiden, die allezeitigen Beifall fanden. Die Jungmänner brachten das vier Alte lateinische Schauspiel "Hubertus", das den Kampf zwischen Elternliebe und Brüderlichkeit schildert, geschickt zur Aufführung. Der Erfolg einer Tellerfamilienabend sollte zum Anfang von Weihnachtsgaben für die Jugendabteilung dienen.

Aus der Provinz.

N. Meurode. Verschiedenes. Sein goldenes Meisterjubiläum feierte Stellmachermeister Ernst Anlauf hier. — Ein nachlicher früherer Eindruck wurde in das Herrenmagazin von Anlauf in Ober Waldbüch ausgeschäfzt. Durch Eintrüben der Schauspieler drangen die Einbrecher ein und stahlen Anzüge und Stoffe. Der Schaden soll viele tausend Mark betragen. — Die Gemeinde Nauendorf erwarb für 250 000 M. das Kurhaus Bad Zentendorf, um die Gewässer für Wohnzwecke einzurichten.

Bunte Chronik.

Der Millionenraub in der Spandauer Zitadelle. Beschäftigte wieder einmal die Berliner Strafkammer. In den Tagen der Revolution waren in der Zitadelle in Spandau für 54 Millionen bei rumänischem Papiergeld aufbewahrt worden, von denen 47 Millionen verchwinden sind. Wer diese riesigen Summe eigentlich gestohlen hat, konnte bis heute noch nicht festgestellt werden. Dagegen wurden eine Anzahl Personen verhaftet, die zum Teil recht erhebliche Mengen von diesem gehörsamen Gelde erhalten hatten. Die erste Reihe dieser Angeklagten ist bereits vor einiger Zeit abgerichtet worden. Jetzt waren wieder fünf Personen wegen Schleierei an dem gehörsamen rumänischen Gelde angeklagt. Das Urteil lautete gegen 4 Angeklagte auf Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu zwei Jahren, ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Zu dem Berliner Kapitalverschwendungsprojekt wurde nach zweimöglichlicher Dauer das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt: der Regationssekretär a. D. von Ernst zu 80 000 Mark, der Kaufmann Josef Saemann aus Charlottenburg zu 30 000 Mark Geldstrafe. Als dem gleichen verurteilt erklärten wurden die von dem verurteilten Josef Saemann hinterlegten 10 000 Gulden ungarische Goldrente und 345 000 Mark. Der Angeklagte von Ernst wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. Aus formalen Gründen konnte die Verfolgung

nahme des Depots des Angeklagten von Ernst nicht ausgesprochen werden. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen. — Das verhältnismäßig sehr milde Urteil, das gegen die Strafanträge des Staatsanwalts erheblich zurückbleibt, dürfte in der Gesellschaft noch viel besprochen werden.

Aus dem Gerichtsaal.

Eine Tragödie aus dem Leben zweier Offiziere entrollte eine Verhandlung, die das Schwurgericht in Essen beschäftigte. Die Angeklagten sind die Kaufleute Johann Kunze aus Deutsch-Kamitz und Karl Behrfeld aus Ronshausen. Ein widriges Geschick hat die jungen Leute, Söhne ehrenwiter Eltern, auf die abschüssige Bahn getrieben. Als der Krieg ausbrach, rückten sie von der Schulbank weg ins Feld. Sie bewährten sich undodhaft und brachten es in Kürze zum Offizier. Als der Krieg, den sie bis zum Schluss mitgemacht hatten, zu Ende war, kehrten sie in Essen und mit Auszeichnungen geschmückt heim. Nun begann für sie eine böse Zeit. Sie versuchten ohne Erfolg bei der Sicherheitswehr unterzukommen. Gelehrte hatten sie keinen Beruf. Sie machten allerhand Schiebergeschäfte und durchqueren nach allen Richtungen die deutschen Gau. Ihre Gastrolle im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war die letzte und übelste in ihrer Schieberlaufbahn. Am 10. März dieses Jahres kamen sie nach Dortmund. Eines Abends beobachtete sie, wie die Dortmunder Verarbeitung der Berliner Juwelenfirma Bild u. Co. drei Koffer zur Bahn schafften ließ. Sie begaben sich auf den Bahnhof, stellten die Koffernummern dar. Koffer, Reiseziel, Geschenk, u. dergl. je, nahmen einen Gepäckchein, den sie mit allen erforderlichen Eintragungen füllten, und fuhren mit dem gleichen Zug ebenfalls nach Gelsenkirchen und ließen die drei Koffer durch einen Hotelsdiensstellen auf den gesuchten Gepäckchein abholen und sofort nach Essen weiter aufgeben. Die Beamten bemerkten die Fälschungen auf dem Schein nicht. Am folgenden Tage fuhren beide nach Essen, holten die Koffer am Essener Hauptbahnhof ab und fuhren mit ihnen nach Düsseldorf. In einem Düsseldorfer Hotel erbrachten sie mit Brechwerkzeugen die Koffer, die Juwelen, Brillantkolliers, Broschen, goldene Uhren, Ketten, Ringe und andere Wertgegenstände im Gesamtwert von 700 bis 800 000 M. enthielten. Den wertvollen Inhalt packten sie in andere Koffer um. Einen von ihnen, der mit Kleinodien im Werte von mehreren hunderttausend Mark angefüllt war, schickten sie bahnlagend nach Berlin, um ihn dort später abzuholen. Sie erhielten auch den Koffer ausgetauscht. Aber als sie ihn in ihrem Hotel öffneten, entdeckten sie zu ihrer nicht geringen Überraschung, daß der ordnungsmäßig verschlossene Koffer wertlos Plunder enthielt. Und das war so gekommen: Der inzwischen bekanntgewordene große Juwelendiebstahl hatte die Berliner Kriminalpolizei alle Vorsichtsmaßnahmen treffen lassen. Hierbei entdeckte sie auch den verdächtigen Koffer, entlockte ihn, füllte ihn mit wertlosen Gegenständen und ließ ihn auf der Ausdehnungsstelle am Bahnhof stehen, um die Täter beim Abholen abzufassen. Ohnmächtig gingen die Burschen in die gute Falle. Als aber die Kriminalpolizei in dem Hotel erschien, hielten sie schleunigst die Flucht ergriffen. Die meisten Kleinodien konnten wieder zur Stelle geschafft werden. Wie der Firmeninhaber in der Verhandlung vor dem Schwurgericht beruhete, fehlten nur noch Sachen im Werte von 38 bis 70 000 M., die spurlos verschwunden sind. Die Zeugnisse zeugen, z. B. der Regimentskommandeur des Kunze, der Befehlshaber Reichsamt Stöcker, der Regimentsadjutant beim Regiment Kunze war, befunden durchaus Gutes von beiden, die sehr tapfer gewesen sind. Die Geschworenen billigten den Angeklagten widernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf je 10 Monate Gefängnis.

Keine künstlichen Düngemittel mehr nötig!

Eine neue unwälzende Erfindung für die Landwirtschaft!

Der "Deutschen Düngemittel-Industrie" Max Gohn in Wiesbaden, Merotal 14, ist es nach Jahrzehnten erfolgreicher Versuchen gelungen, ein Verfahren zur Gewinnung natürlicher Dünger (Dung, Mist) zu konstruieren, nach welchem weder Kohlestoffe, noch künstliche Düngemittel Verwendung finden und auch eine Mehrarbeit des Landwirtes nicht erfordert wird.

Die zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe, die bisher wertlos waren, hat jeder Landwirt in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig.

Die "Gohn'sche Düngerkultur", wie dies Verfahren bezeichnet wird, ermöglicht es also jedem Landwirt, seinen natürlichen Dünger (Dung, Mist) je nach Bedienstet vollkommen milde- und kostengünstig um das dreifache zu vermehren.

Werder ungeheure Nutzen und Gewinn nicht nur dem Landwirt, sondern auch der Allgemeinheit dadurch entzogen, ist kaum abzusehen. Dieses Verfahren ist in allen Kulturstaten zum Patent angemeldet und darf nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Erfinders, die (im Lizenzvertrag) gegen eine einmalige Abfindungssumme von nur 60 M. an jedermann auf Vertrag erteilt wird, benutzt werden. Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein beschreibendes Buch, sondern um das Nutzungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unbeschreibbarem Wert handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der "Düngersfrage", befreit, so ist der Preis in Abhängigkeit der Wertigkeit und des Geldes als ein sehr wünsterlich zu betrachten. Unrechtmäßige Benutzung wird nach den Patentgesetzen bestraft. Hoffentlich machen unsere Landwirte zum Nutzen aller recht rogen Gebrauch von diesem ersten künstlichen Dungssatz.

Um übrigen verweisen wir auf das Urteil in diesem Blatte.

und wollten es nicht glauben, daß der liebe Gott das Durchbare zulasse, das über sie hereinzubrechen drohte und für immer das bescheidene Glück ihres Lebens zerstören mußte. Mit einer wahrhaft traurhaften Scheu schloß sich Marie von jedem Verkehr mit der Außenwelt ab; eine Qual war es ihr, sich täglich auf dem Kriminalamte melden zu müssen, und manchmal war ihr in verzweiflungsvollen Stunden der Gedanke gekommen, ob sie nicht besser tue, mit einem raschen Sprung in den Strom allen marternden Gedanken und aller Qual ein Ende zu machen. Aber der Gedanke an ihre gute Mutter hielt sie zurück; das Bewußtsein ihrer Unschuld stärkte sie immer wieder, und ihr Selbstgefühl widerstand der Lockung schon aus dem Grunde, weil eine Flucht aus dem Leben gleichbedeutend mit dem Eingeständnis ihrer Schuld gewesen wäre.

Von Max Hansen hatte Marie mehrere Male Briefe erhalten, in welchen er ihr wiederholt seine Liebe beteuerte und seine baldige Rückkehr nach Karlshausen ankündigte. Sie hatte die ersten Schreiben nicht beantwortet, und erst als der junge Mann sie dringend ersuchte, ihm den Grund ihres rätselhaften Schweigens mitzuteilen, da hatte sie ihm geschrieben, daß sie ihm aus Gründen, die er gewiß nach seiner Rückkehr erfahren würde, sein Wort zurückgebe. Gleichzeitig hatte sie ihn gebeten, jeden Wiederannäherungsversuch zu unterlassen, da solche nur geeignet wären, sie noch unglücklicher zu machen, wie sie schon sei; wenn er Kenntnis davon erhalten habe, welches Verhängnis über sie herein gebrochen sei, dann müsse er selbst einsehen, daß von einer Verbindung zwischen ihm und ihr nicht mehr die Rede sein könne. Sie bitte ihn nur, ihr ein freundliches Angedenken zu bewahren und an sie zu glauben, wenn auch der Schein wider sie sei.

Auf diesen unter heißen Tränen geschriebenen Brief, den Marie vor acht Tagen abgeschickt hatte, war keine Antwort mehr gekommen. Max Hansen mußte schon wieder in Karlshausen eingetroffen sein. Wahrscheinlich hatte er von der gegen sie erhobenen Anklage erfahren und es für das beste gehalten — wie er ja auch nach Lage der Sache nicht anders konnte —, ihrem dringend geäußerten Wunsche nachzukommen. So tief sie diese Erkenntnis schmerzte, sagte sich Marie doch, daß es besser für sie sei, wenn sie dem Geliebten nie mehr begegne.

Ein schwacher Trost war es für die Arme gewesen, daß Elfriede Kestner sie mehrmals besucht hatte. Da war doch noch ein Mensch auf der Welt außer ihrer Mutter, der an ihre Unschuld glaubte! Im Stillen bat sie es dem freundlichen Mädchen ab, daß sie ihm während ihres Zusammenseins im Hause Marktweil u. Sirt immer mit einer gewissen kühlen Reserve begegnet war, trotzdem Elfriede immer ihre Freundschaft gesucht hatte. Das ewig kose,

gesellschäfliche Wesen Elfriedens war der mehr ernst veranlagten Marie unsympathisch gewesen; jetzt, da sie einsehen mußte, welch gutes Herz die ihr immer recht oberflächlich erschienene frühere Kollegin besaß, konnte sie nicht umhin, derselben wärmere Gefühle entgegenzubringen, die noch an Stärke gewannen, als Elfriede Andeutungen des Inhalts fallen ließ, daß sie eine Spur des wirklichen Täters entdeckt habe. Hierin mußte sich die Gute allerdings getäuscht haben, denn bis zum Tage der Gerichtsverhandlung ließ sie nichts mehr von sich hören.

Bei festgesetzten Stunde begab sich Marie in Begleitung ihrer Mutter nach dem Justizpalast. Ein Gerichtsdienner wies sie an, in einem Nebenraum bis zum Aufruf ihrer Sache zu warten. Unter Herzschlägen vergingen den armen Mädchen fast zwei Stunden, bis der Beamte wieder erschien, um sie in den Verhandlungssaal des Schöffengerichts zu führen.

Mit gesenktem Haupt schritt Marie zu der Anklagebank; vor Scham vermochte sie nicht, die Augen aufzuschlagen. Bei ihrem Eintreten hatte sie in dem trüben Licht des Wintermorgens nur gesehen, daß sich eine Menge Köpfe neugierig nach ihr umwendeten, daß auf der erhöhten Tribüne am Ende des Saales, am Richtertische zwischen den beiden Schöffen, der mit der Amtsrobe bekleidete Vorsitzende sich über ein Altenheft neigte und daß der öffentliche Ankläger sie durch seinen Kneifer scharf fixierte.

Die ruhige Stimme ihres Verteidigers, eines älteren Herrn, der sofort an sie herangetreten war und flüsternd auf sie einsprach, gab ihr einigermaßen Fassung. Hinternd ließ sie sich auf die Anklagebank nieder und harrte des Kommanden.

Bon seinem Altenheft aufscheinend, verblüffte jetzt der Vorsitzende: „Sache gegen Marie Welser wegen Diebstahl —.“ Doch kaum hatte er die Angeklagte ins Auge gefaßt, als er sich unterbrach und jäh von seinem Sitz empor sprang. Schrecken und Neberraschung prägten sich auf dem hübschen Gesicht des noch jungen Mannes auf und einen Augenblick war es, als suchte er mit den Händen eine Stütze, um nicht umzufallen.

Auch die Angeklagte war beim Kläng der Stimme des Richters zusammengezuckt und hatte einen Moment wie entsetzt die Blicke erhoben, um sie sofort wieder mit einem leisen Wehklaut zu senken. War es möglich? Dort oben stand Max Hansen, der Mann, dem ihre ganze Liebe gehörte; dem sie mit blutendem Herzen entfagt hatte, berufen dazu, über sie zu richten? Könnte der Zufall grausamer spielen? Der Heralchlag drohte der Armen zu stoßen; kalte Schauer überrieselten sie und, sich krampfhaft an die Lehne der Bank flammernd, kämpfte sie mühsam gegen eine sie überkommende Ohnmacht. (Fortsetzung folgt.)

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung.“

Nr. 288.

Waldenburg, den 9. Dezember 1920.

Ob. XXXVII.

Die Sonne bringt es an den Tag.

Erzählung von Fritz Kiesel.

Nachdruck verboten.

(8. Fortsetzung.)

Mit diesen Gedanken war Franz Wingerow nach Hause gekommen. Sein Entschluß war gefaßt. Wenn denn einmal geheiratet werden sollte — na, dann in Gottes Namen! Er hatte ja Elfriede ganz gern, wenn er sich auch sagen mußte, daß ihn mehr ihre üppigen Reize, als sein innerstes Herz zu ihr zogen, aber der Himmel wußte, ob er jemals im Leben eine bessere fand, und hier stand seine Lebensstellung auf dem Spiel. Heute abend wollte er sich bestimmt erkären, und übermorgen — morgen war Sonntag — seinen Chef seine Entschließung mitteilen.

Eine halbe Stunde später tummelte er sich mit Elfriede auf der tagesschönen Schlittschuhbahn. In ihrem Samtjackett mit weißer Pelzboa und Mütze sah das Mädchen wirklich reizend aus, sodass Herr Wingerow seinen Entschluß nicht bereute. Immer zärtlicher wurde in seine Blicke, die sie mit neidischem Gesüster und schwärmerischen Blicken erwiderte, und ehe noch eine Stunde vergangen war, nannte er sie seine süße Braut und drückte ihr an einer von Gebüsch umschatteten einsamen Stelle den ersten Kuß auf die schlüsselnden Lippen. Morgen — so versprach er ihr — wollte er bei ihren Eltern in aller Form um ihre Hand anhalten und sie dann in den Kreis einiger ihm bekannten Familien, die für den Nachmittag eine Schlittenpartie geplant hatten, als seine Braut einführen.

Und mit überströmender Liebenswürdigkeit wurde er am anderen Morgen in der Wohnung der Kestner'schen Chelente empfangen, als er seinem Versprechen gemäß erschien, um die Hand der Tochter zu begehrn. Gwar war der Eindruck, welchen die ihm bis dahin unbekannten Eltern Elfriedens auf ihn machten, kein besonders günstiger. Die Mutter schwatzte beständig und hatte gespreizte, vornehm sein sollende Manieren, die so gar nicht im Einklang mit der ziemlich bürgerlichen, künstlich aufgestrichenen Wohnungseinrichtung standen, während der Vater, seines Zeichens Handelsagent, sofort einen den jungen Mann unsympathisch brüllenden, vertraulich zudringlichen Ton anschlug. Doch redete sich Franz Wingerow ein, glücklich zu sein, als er nach einer Stunde als erklärter Bräutigam das Haus verließ. Die kühlen Gedanken, die ihn auf dem

Nachhausewege befießen, verschendete er gewaltsam; zurück kommt er nicht mehr und mußte jetzt suchen, der Sache die besten Seiten abzugewinnen.

So führte er denn in bester Laune am frühen Nachmittag in die Wohnung der zukünftigen Schwiegereltern zurück, um Elfriede zu der beabsichtigten Schlittenpartie abzuholen. Mit frischem Lächeln und liebenswürdigem Redeschwall empfing ihn Frau Kestner, führte ihn in das Staatszimmer und sagte: „Mein Mann ist ausgegangen und Friedchen ist mit ihrer Toilette noch nicht ganz fertig, lieber Franz! Ich will ihr behilflich sein — gäulden Sie sich bitte einige Minuten!“

Damit verschwand sie durch eine Seitentür und ließ den jungen Mann allein. Die Toilette Friedchens nahm ziemlich lange Zeit in Anspruch, jedoch Herr Wingerow eingehend die Einrichtung des Raumes prüfen konnte. Das was man gediegene Deute nennt, waren seine zukünftigen Schwiegereltern offensbar nicht, denn alles, was in dem Zimmer stand und hing, trug die Zeichen recht oberflächlicher Behandlung. Die Delfarfardindrücke an den Wänden, die billigen Möbelstücke mit den darauf stehenden hübschen Nippesfiguren waren wohl seit geruher Zeit nicht abgestärkt worden; in einer Ecke hatte eine Spinnengestört ihre Reise ausgespannt, und einer Wäsche recht bedürftige Häckseldeckchen waren über das mit verblichenem Rips überzogene Sofa und einige Polsterstühle ausgebreitet. Eine moderig dicke Vorstreckte den Raum, in dem Myriaden Stäubchen in den durch die Fenster einfallenden Strahlen der Wintersonne flimmerten. Gedankenwoll sah Franz Wingerow in den hellen Schimmer. Da zuckte er plötzlich erschreckt zusammen und erhob sich mit bleich gewordenem Gesicht von seinem Sitz. Eine ungeheure Aufregung schien sich seiner zu bemächtigen. Nochmals ließ er die Blicke nach den von der Sonne beschienenen Dielen des Zimmers, sowie nach dem Fenster schweifen, dann ging er auf den Gehen nach der Tür, öffnete dieselbe geräuschlos und verließ darauf die Stube.

3. Kapitel.

Nun war der gesuchte Tag herangekommen, an dem die Gerichtsverhandlung gegen Marie Welser stattfinden sollte. Fast zwei Monate waren seit jenem Novembertag vergangen, an dem das Unglück über sie gekommen war; in siebender Erwartung jeden Tag hoffend, daß ein Lichtstrahl von irgend einer Seite her die Nacht ihres Kummer's erhelle, hatten Marie und ihre Mutter die Zeit dahingelebt. Sie konnten

In unser Genossenschaftsregister ist bei Nr. 37 „Elektrizitäts-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, in Konradthal“, am 4. Dezember 1920 eingetragen: Oskar Reigber ist aus dem Vorstande ausgeschieden, Eisenbahn-Unterstütz Karl Gaertner in Konradthal an seine Stelle gewählt.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

In unser Handelsregister A. Bd. III Nr. 880 ist am 8. Dezember 1920 die Firma Karl Minge, Waldenburg, und als deren Inhaber der Instrumentenhändler Karl Minge in Waldenburg eingetragen.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

In unser Handelsregister A. Bd. III Nr. 661 ist am 8. Dezember 1920 die Firma Eduard Torka, Neu Salzbrunn, und als deren Inhaber der Kaufmann Eduard Torka in Neu-Salzbrunn eingetragen.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

Veranlagung der Besitzsteuer.
Auf Grund des § 52 Absatz 1 des Besitzsteuergesetzes werden hiermit

a) alle Personen mit einem steuerbaren Vermögen von 20 000 Mk. und darüber, wenn sie früher weder zum Wehrbeitrag noch zur Besitzsteuer veranlagt worden sind, sowie alle Personen, deren Vermögen sich seit der Veranlagung zum Wehrbeitrag oder zur letzten Besitzsteuer um mehr als 10 000 Mk. erhöht hat,
im Veranlagungsbezirk aufgefordert, die Besitzsteuererklärung nach den vorgeordneten Formular in der Zeit vom 10. bis 31. Dezember 1920 dem Finanzamt schriftlich unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Andere als die oben bezeichneten Personen sind zu der freiwilligen Abgabe einer Besitzsteuererklärung berechtigt. Von dieser Besitzsteuererklärung ist zu machen, liegt im dringendsten Interesse der Beteiligten, um irrtümliche Veranlagungen seitens der Veranlagungsbehörden auszuschließen.

Die oben bezeichneten Personen sind zur Abgabe der Vermögenserklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist. Auf Verlangen wird jedem Pflichtigen das vorgeordnete Formular von heute ab im Amtslokal des Finanzamtes kostenlos verabschiedet.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebrief. Mündliche Erklärungen werden beim Finanzamt während der Geschäftsstunden zu Protokoll eingegangen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verlässt, ist gemäß § 54 des Besitzsteuergesetzes mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. zu der Abgabe anzuhalten, auch hat er einen Zuschlag von 5 bis 10% der geschuldeten Steuer verloren.

Wirtschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben in der Besitzsteuererklärung sind in den §§ 76, 77 des Besitzsteuergesetzes mit Geldstrafen und gegebenenfalls mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht.

Waldenburg, den 8. Dezember 1920.
Finanzamt.
Maskos.

Pferde- und Rindviehzählungsliste.

Die Zählungsliste über den Pferde- und Rindviehbestand im Stadtbezirk liegt in der Zeit vom 18. bis einschließlich 31. Dezember 1920

im Zimmer 18 des Rathauses zur Einsichtnahme aus.
Innerhalb dieser Frist können Anträge auf Berichtigung der Liste angebracht werden.

Waldenburg, den 8. Dezember 1920.
Der Magistrat.

Städtische Freibank.

Sonntags den 11. Dezember 1920, vormittags 9 Uhr, findet auf der städtischen Freibank der Verkauf von

rohem und gekochtem Rindfleisch statt. Die Abgabe des Fleisches erfolgt auf Marken, welche Freitag vormittags von 9 Uhr ab gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte im städtischen Schlachthof zur Ausgabe gelangen.

Schlachthofdirektion.

Dittmannsdorf.

Die auf Grund des Ergebnisses der am 1. Dezember 1920 stattgefundenen Reichs-Viehzählung aufgestellte Pferde- und Rindviehzählungsliste für die hiesige Gemeinde liegt in der Zeit vom 18. bis 29. Dezember 1920

im hiesigen Amts- und Gemeindebüro während der Dienststunden öffentlich aus.

Während dieser Zeit können Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste und Anträge auf Berichtigung bei dem unterzeichneten Gemeindevorsteher angebracht werden.

Dittmannsdorf, 8. 12. 20. Der Gemeindevorsteher.

Am 21. Dezember d. J. soll, wie in Vorjahren, eine Weihnachts-Einbescherung für unsere bedürftigen Ortsbewohner veranstaltet werden. Die Not ist in diesem Jahre besonders groß und wir richten deshalb an unsere Bürgerlichkeit die herzliche Bitte, uns für die Weihnachts-Einbescherung freundliche Spenden an Kleidungsstücken, Nahrungsmitteln und Geld recht reichlich zuweisen zu wollen.

Bei Entgegennahme der Spenden, für die wir im voraus schon bestens danken, sind unsere Vorstandsdamen gern bereit.

Nieder-hermsdorf, den 6. Dezember 1920.

Der Vorstand des Ortsfrauenvereins:

Johanna Sprote, Vorsitzende. Klinner, Schriftführer.

Buchführungen aller Systeme

in moderner und übersichtlicher Form führt diskret und schnellstens aus
H. Klein, Sandberg, Post Altwasser
Schulstraße Nr. 2.

Landwirtschaftliche Pachtung.

Die Stadt Waldenburg beabsichtigt, daß ihr gehörige, 228 Morgen große Erbscholtseigent in Reinswalde Kreis Waldenburg, auf die Dauer von 14 Jahren sofort zu verpachten. Pachtbedingungen werden auf Wunsch überwandt.

Waldenburg, den 6. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Gemeinde und Gut Ober Waldenburg.

Kartoffelverkauf.

Ab Freitag den 10. Dezember 1920, findet täglich von 8-12 Uhr vormittags ein Verkauf von guten Einkellerkartoffeln von Keller Kirchstraße 12 aus, statt. Die Kartoffeln werden zentnerweise abgegeben. Der Preis beträgt 22.- Mark pro Zentner.

Ober Waldenburg, 9. 12. 20. Der Gemeindevorsteher.

Vierter Nachtrag

zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Waldenburg i. Schles.

Schungs-Aenderung.

B. Bemessung der baren Leistungen (Grundlohn).

Der § 19 erhält folgende Fassung:

Die baren Leistungen der Kasse werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der nach der verschiedenen Lohnhöhe stufenweise festgelegte durchschnittliche Lohnesentgelt der Kassenmitglieder bis „30 Mark“ für den Arbeitstag. Zur Festlegung des Grundlohnes werden die Kassenmitglieder eingeteilt in solche deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag beträgt:

Stufe	Lohnesentgelt	Grundlohn
I	bis 2,50 Mark	2.- Mark
II	von 2,51 - 4,50	4.-
III	4,51 - 6,50	6.-
IV	6,51 - 8,50	8.-
V	8,51 - 10,50	10.-
VI	10,51 - 12,50	12.-
VII	12,51 - 15,50	15.-
VIII	15,51 - 18,50	18.-
IX	18,51 - 21,50	21.-
X	21,51 - 24,50	24.-
XI	24,51 - 27,50	27.-
XII	27,50 und darüber	30.-

Zu § 19 Abs. II, III und IV des zweiten Nachtrages eingeschalten.

Der § 20 Abs. I erhält folgende Fassung:

I. Als Krankenhilfe wird gewährt:
1. Krankenhilfe vom Beginne der Krankheit an; sie umfaßt ärztliche Behandlung und Verjüngung mit Arznei, sowie Brillen, Bruchbändern und anderen Heilmitteln bis zum Höchstbetrag von 50.- Mark. Als Beihilfen für künstlichen Zahneratz können bis zu 2/3 der nachgewiesenen Auslagen bewilligt werden. Voraussetzung für diese Beihilfen ist, daß das Mitglied innerhalb des letzten Jahres mindestens 6 Monate bei unserer Kasse versichert war.

2. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes für jeden Kalendertag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht; es wird vom zweiten Krankheitstage, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt.

Der § 25 erhält folgende Fassung:

Als Beihilfen für Hilfsmittel gegen Verunreinigung und Verkrüppelung können nach 6-monatlicher Mitgliedschaft bei unserer Kasse bis 100.- Mark bewilligt werden.

Der § 23 Abs. I erhält folgende Fassung:

Als Sterbegeld wird beim Tode eines Mitgliedes das 20fache des Grundlohns (§ 19) gezahlt.

Zu § 24 Punkt 4 (neu hinzugefügt):

Als Beihilfe für Krankenhauspflege von Familienangehörigen wird der Betrag von 2.- Mark je Tag gewährt.

IV. Beiträge.

A. Ordentliche Kassenbeiträge.

Der § 48 erhält folgende Fassung:

Die Kassenbeiträge werden auf je 1/30 Hunderthiel des in § 19 festgelegten Grundlohnes festgelegt und nur je eine Woche berechnet. Sie betragen zu § 19:

für die Stufe	I	wöchentlich	0,72 Mark
II		1,44	
III		2,16	
IV		2,88	
V		3,60	
VI		4,32	
VII		5,40	
VIII		6,48	
IX		7,56	
X		8,64	
XI		9,72	
XII		10,80	

Für Lehrlinge aller Art, die ohne Entgelt beschäftigt werden, betragen die Beiträge zwei Drittel der Beiträge der niedrigsten Stufe.

Vorliegender Satzungsnachtrag tritt mit Genehmigung des Ober-Berichterstatters in Breslau am 1. Juli 1920 in Kraft.

Beschlossen in der außerordentlichen Ausschus-Sitzung am 25. Juni 1920.

Waldenburg, den 30. Juni 1920.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse

für die Stadt Waldenburg in Schlesien.

J. B. gez. Hackert.

Vorliegender Nachtrag wird auf Grund des § 824 der Reichsversicherungsordnung genehmigt.

Breslau, den 9. November 1920.

(L. S.) Oberversicherungsamt. J. B. gez. Unterschrift.

G. Nr. L. S. 226/20.

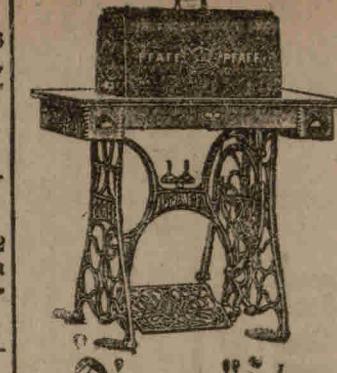
Weiter veröffentlicht auf Grund des § 112 der Satzung.

Waldenburg, den 7. Dezember 1920.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse

für die Stadt Waldenburg.

J. B. gez. Hackert.



Die größte Auswahl

von

neuen billigen

Mähdreschinen, erklassige Fabrikate, finden Sie nur bei

R. Matusche,

größtes Mähdreschinen-Spezialhaus,

Waldenburg

Löperstraße 7.

Teilzahlung gern gestattet.

Alte Maschinen werden umgetauscht.

Wollen Sie sie billig und warm nützen,

dann gehen Sie in das

Altbekleidungs-Geschäft

Franz Teuber, Weißstein, Schulstraße Nr. 1.

Dort finden Sie

Militär- und Zivil-Bekleidungsfüllchen und Schuhwaren

in größter Auswahl

bei billigsten Preisen.

Aufträge i. Schneiderei und Weißnähen

werden angenommen. Wo? sagt

die Geschäftsstelle dieser Zeitung.



Ohne Sorge sind Sie!

wenn Sie Ihren Kindern

Lebertran oder Emulsion

regelmäßig geben.

Kein und wohmöglich nur

zu haben in der

Schloss-Drogerie Ober Waldenburg.

Statt Karten.

Ihre Vermählung zeigen an
Assessor Landsky
und **Frau Gisela,**
geb. Bahn.

Waldenburg, den 7. Dezember 1920.

Nieserne Grubenhölzer!

Anbietet 2-3000 Festm. starke Dimensionen. Längen nach
Käufers Wahl frei Wg. östpr. Station. Einschlag Winter 1920/21.
Jahresquantum bis 10.000 Festm.

Hans Wolff, Allenstein, Ostpr.,
Kaiserstraße 23.

Kalender

Buch-, Abreiß-, Wochen-, Hindemith-, Kunst-Kalender,
Blumenschmidt, Mey & Edlich, Küchen-, Jagd-, Abreiß-
Kalender, auch einzelne Blöcke.

Postkarten- und andere Albums.
Große Auswahl.

E. Meltzers Buchholz (G. Knorr), Ring 14

Der Schutz der Frau

Ist unser Apparat "Damenlob". Verz. begnügt. Prospekt
gratis. Bestellen Sie noch heute einen compl. Apparat zum
Preise von M. 16.— per Nachnahme franko.

R. Warake & A. Weiershaus,
Spezialgeschäft für Neuheiten, Neubüro, Mareschstr. 8.

Eisenbahnfahrtpläne und zu haben in der
Geschäftsstelle der
Waldenburger Zeitung.

Keine künstlichen Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die
"Gohn'sche Dünger-Kultur"

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen milde und kostenlos um das dreifach und mehrfach zu vermehren. Eine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und fest zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig hat.

Durch die "Gohn'sche Dünger-Kultur" kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln.

Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslandspatente in allen Kulturrestaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie: Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50.— Mark gegen Vorbehaltung des Betrages oder Nachnahme oder aus Postcheckkonto 18784 Frankfurt a. M., abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unüberschreitbarem Wert handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der "Düngerfrage", befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Verlöslichkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentgesetz bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50.000.— Mark Geldstrafe bestraft und ist schadensersatzpflichtig.

Landwirt! Richtet Euch für die Frühjahrszeit und bestellt sofort die "Gohn'sche Dünger-Kultur", wenn ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrachte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

Deutsche Düngemittel-Industrie
Max Gohn, Wiesbaden,
Neroval 14.

Paul Opitz Nachfolger,

Spirituosen-Fabrik,
Waldenburg, Breslau,

Friedländer Strasse Nr. 34. Nikolaistrasse Nr. 12.

Alf. der Duft der
Kommt nur von
Sinner-Qualität.

Sinner Backpulver
Puddingpulver
Speisen-Würze
Die Qualität
Markt

fast neue Damensportrose, mittl.
sowie getrag. Damenschuhe,
Gr. 36, preiswert zu verkaufen.
Wo? sagt die Geschäftsst. d. Stg.

Ein großes mit Fell
bezog. Wiegenpferd,
ein Schülerpult,
ein Kinderklappstuhl,
ein Dreirad

zu verkaufen. Ankündigung erteilt
die Geschäftsst. dieser Zeitung.

1 Nähmaschine,
1 Schlaf-, 1 Wohnzimmer,
alles fast neu, veränderungs-
halber zu verkaufen. Wo? sagt
die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Ein Paar Fußallschuhe, Größe
15, ein Paar weiße Damen-Spangen-
schuhe, Größe 39, eiserner Ofen
zu verkaufen. Wo? sagt die Ge-
schäftsst. dieser Zeitung.

2 tournierte dunkle Rohrstühle
u. 1 eiserner Kassette zu verkaufen.
Ob. Waldenburg, Kirchstr. 5, 1. Et.

Verloren wurden Sonnabend
abend von der Neuen
Strasse, Kästnerstrasse bis Kirch-
strasse eine gestrichle Jacke und
2 Sweaters (wohlchein. Kirch-
strasse). Da die Sachen für arme
Kinder bestimmt waren, wird
der ehrliche Finder gebeben, die-
selben im Bandbüro, Pleiß'icher
Hof, abzugeben.

Auf Bürgerl. Mittaglich
zu vergeben. Wo? sagt die
Geschäftsst. dieser Zeitung.



Weihnachtsanzeige
bringen Erfolg in der
"Waldenburger Zeitung."

Brautwein, Breslauer
Kornkrume, Fagon-Rum,
Jamaika-Rum,
Arrak.

Gute Einkaufsstelle von

Liköre mit Zucker.
Punsch mit Zucker.
Himbeersaft u. Zuck.
(beste Jahrgänge).
Fruchtwine.
Sekt.
Alkoholfreie
Punsche u. Trunks.

Jüngeres Bedienungsmädchen
bald gesucht.
Völkerstrasse 19, I., links.

Sauber. Mädchen,
das kochen kann, zum baldigen
Atritt gesucht bei
P. Klemm, Friedland, Str. 32.

Küchenmädchen
für Sanatorium,
süchtige Landmädchen,
2 jüngere Mädchen o. 15 Jahr.
Luisa Kiltach,
gewerbsm. Stellenvermittlerin,
Lauenstraße 24 a.

zu Pferden für Neujahr sucht
Martin Schindler, Ob. Benzendorf

Achtung!

Orient-Theater.

Voranzeige!

Die neueste Delogg-Film-Operette-

In der Hauptrolle:

Henry Bender.

„Wenn die Liebe nicht wär.“

„Vampire.“

Des enorm grossen Programmes wegen Anfang täglich 3½ Uhr.

Der ewige Kampf der Gesellschaft gegen das Internationale Hochstaplerum.

Feinste Sproffen
per 1/4 Pfund 2.50 Mr.
mit 4 Prozent Rabatt
empfiehlt

Friedrich Kammel,
Abt. Fische.

Hausfrauen — Wäschereinnen
verwenden Sie beim Waschtag
Borix

mildwirtendes
Sauerstoffbleichmittel

als Zusatz zum Kochen der
Wäsche. Reinigt und bleicht
selbsttätig unter Schonung der
Gewebe. 1 Paket reicht für
2 Waschtag und kostet 1,50 Mr.

Borix-Werk Sorau N.-L.

Gustav Ziegert,

Goldschmied und Graveur,

Waldenburg, Mühlenstraße 37, Ecke Wasserstraße,

empfiehlt sich zur

Ausführung von Neuarbeiten,
Reparaturen und Gravierungen
aller Art.

Anfertigung von Trauringen

binnen 3 Stunden.

Ersatzteile
für Autos aller Systeme
Reparaturen

Kraft Wagen Ges.
m.b.H.

Fernspr. Waldenburg Schles. 1180.

Reichsbund der Kriegsverletzten, Kriegsteilnehmer
und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Hermsdorf.

Spenden für die Weihnachts-Einbescherung

der Kriegswaffen und -hinterbliebenen

nehmen entgegen die Kameraden:

Wilhelm Rösner, Untere Hauptstraße 18,
Heinrich Schürmann, Kl. Dorfstraße 5,
Paul Einspänner, Öststraße 3,
Wilhelm Alt, Obere Hauptstraße 22,
Joseph Faulhaber, Untere Hauptstraße 11.

Unter Mitwirkung

5 erstklassiger

Berliner Opernsänger.

Das beste
Nähmaschinen-

Oel
auch für Fahrräder,
Zentrifugen usw.

nur ganz
weiß,
von 1 Mark an

empfiehlt

R. Matusche,
Waldenburg,
Löperstraße 7.

Nicht kaputt
zu kriegen

sind meine
Ledersecken für Ar-
beitschuhe, 60—70 cm
lang. Probe-Hundert für
Mr. 30.— franko gegen
Nachnahme von
Riemensabrik B. Felix,
Schwenningen 33 a. N.

Geschlechts-
krank

Jeder Art (Harnröhre, frisch
und spez. veraltet, Syphilis,
Mannesschwäche, Weißfluss)
wenden sich vertrauensvoll an
Dr. med. Dammann's Heilanstalt,
Berlin Z. 732, Potsdamerstr. 123b.
Sprechstunden 9—11 u. 2—4 Uhr,
Sonntags 10—11 Uhr.
Belehrende Broschüre m. zahl-
reichen freiwill. Dankschreiben
u. Angabe bewährter Heilmittel
(ohne Quecksilber und andere
Gifts, ohne Einspritzung, ohne
Berufsstörung) gegen 1.00 Mr.
diskret in verschloss. Kuvert
ohne Absender, Leiden genau
angeben.

Bei Kopfschmerzen

helfen prompt Dr. Busch's
Kopfschmerzstiller.
Zu haben bei:
Franz Bentscha, Schloß-Drog.

Gebr. einfl. Bentscha
zu verf. Hermannstr. 8, I., I.

Günstiger
Möbelverkauf

Büsst. u. Kredenz, gut erhalten,
Metall- und Holz-Vertiefstellen m.
Auflegematt., falt neu, Spiegel,
Trumeans, Sosa, Chaijelonque,
Tische, Schränke (hell u. dunkel),
Vertikals., Tapische, Regulat.,
Schreibtisch und sehr schöne
Stühlen-Einrichtungen sind billig
zu verkaufen bei
Tulke, Bad Salzbrunn,
Villa „Germania“.

Jugendschriften, Märchenbücher,
Bilderbücher

aus älteren Beständen.

Tadellose, sehr preiswerte Bücher!

Schaufenster-Auslagen beachten!

E. Meltzer's Buchhandlung, Ring 14.

Wir geben hiermit bekannt, daß bei uns
ten sämtlichen Mitgliedern der

vorzügliche, preiswerte
Sinalco - Heißfrank zu haben in
Einkaufsverein der Kolonialwaren-
händler Waldenburg.

Gustav-Adolf-Frauen- und Jungfrauen-Verein.

Montag den 13. Dezember, abends 8 Uhr,
findet im Saale der „Herberge zur Heimat“ unser
erster

— Familienabend —

statt. Einlaßkarten zu 3 Mark und 2 Mark sind von
Donnerstag an abzuholen bei Geschwister Nenmann, Fri.
Heimann, Frau Mattauschek.

An der Abendkasse 1 Mark Aufschlag.

Kasseneröffnung 7 Uhr.

Der Vorstand.

Heute Donnerstag, 9. Dezember

im

Café Kaiserkrone

Großer

Populärer Abend.

5 Mann.

Verstärkte
Kapelle.

5 Mann.

Spezialität: ff. Eis.

Friedländer Straße 29.

Telephon 385.

Zwangsvorsteigerung.

Sonnabend den 11. Dez. e.,
vorm. 11 Uhr, versteigere ich in
Ober Waldenburg im Gasthof
„zum Prinz Carl“:

50 Verwandtschaften,

Stellschaukästen

und anderes.

Menke, Gerichtsvollzieher.

Eine Mandoline zu verkaufen

Stadttheater

Waldenburg.

Freitag den 10. Dez. 1920:
Erstaufführung!

Röslein auf der Heiden.

Sonntag den 12. Dez. 1920:

Die Kinopuppe.

In Vorbereitung:
„Peterchens Mondfahrt.“